



Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung  
Schwanengasse 2  
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen  
Regierungsgebäude  
9001 St.Gallen  
T +41 58 229 32 60  
F +41 58 229 38 96

St.Gallen, 31. August 2015

**Bundesgesetz über die Schweizerische Agentur für Innovationsförderung  
(Innosuisse-Gesetz, SAFIG); Vernehmlassungsantwort**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 12. Juni 2015, mit dem Sie uns einladen, in der eingangs erwähnten Angelegenheit bis spätestens 31. August 2015 Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für diese Gelegenheit und lassen uns gern wie folgt vernehmen:

Die Kommission für Technologie und Innovation (KTI) hat in der Vergangenheit als Förderorganisation des Bundes für die wissenschaftsbasierte Innovation eine wichtige Rolle eingenommen. Wir stellen fest, dass der vorliegende Gesetzesentwurf daran nichts ändert, sondern hauptsächlich organisatorische Änderungen mit sich bringt. Gegen die Umwandlung der KTI in eine öffentlich-rechtliche Anstalt ist aus unserer Sicht nichts einzuwenden. Entsprechend befürworten wir den Gesetzesentwurf. Folgende Änderungen bitten wir Sie zu berücksichtigen:

*Art. 6 Verwaltungsrat, Abs. 1*

Es sollte sichergestellt sein, dass der Verwaltungsrat so zusammengesetzt ist, dass eine breite Palette von Kenntnissen aus dem Universitäts- wie dem Fachhochschulbereich vertreten ist. Wir schlagen deshalb vor, Abs. 1 folgendermassen zu ergänzen: "Der Verwaltungsrat ist das oberste Leitungsorgan. Er besteht aus fünf bis sieben in Belangen der Innovationsförderung fachkundigen Mitgliedern. Die verschiedenen Hochschultypen sind angemessen vertreten."

*Art. 8 Innovationsrat, Abs. 1*

Die Entscheidkompetenz zwischen der Geschäftsleitung und dem Innovationsrat braucht in diesem Absatz eine Klarstellung. Wir schlagen daher folgende Neuformulierung vor: "Der Innovationsrat trifft die Förderentscheide der Innosuisse, unter Berücksichtigung der Entscheidgrundlagen gemäss Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe c."



*Art. 8 Innovationsrat, Abs. 2*

Der Innovationsrat sollte Kompetenzen aus allen Förderbereichen, also aus Natur-, Geistes- und Sozialwissenschaften vereinen. Wir schlagen folgende Ergänzung vor: "Der Innovationsrat besteht aus höchstens 25 Mitgliedern. Die Förderbereiche sind angemessen vertreten."

*Art. 22 und Art. 21 Bst. g Rückforderung bei wirtschaftlichem Nutzen und Gewinnbeteiligung*

Art. 22 lehnt sich an geltendes Bundesrecht (Art. 39 des übergeordneten Bundesgesetzes über die Förderung der Forschung und der Innovation [SR 420.1; abgekürzt FIFG]) an. Zu dieser Bestimmung, die im Falle einer wirtschaftlichen Nutzung der Projektergebnisse die Möglichkeit der Rückzahlung der gewährten Beiträge sowie eine angemessene Gewinnbeteiligung vorsieht, gibt es Bedenken:

- Eine solche Bestimmung ist bisher im Fachhochschulbereich nicht bekannt und könnte die Umsetzungspartner verunsichern. Die Fördermittel erhielten so eher den Charakter einer Überbrückungsfinanzierung mit Risikodeckung. Es ist zu befürchten, dass der vorliegende Art. 22 die Innosuisse für Unternehmen unattraktiv machen könnte und damit Forschung und Innovation im Fachhochschulbereich, die explizit eine wirtschaftliche Nutzung der Forschungsergebnisse begünstigen soll, erschwert.  
Den Gewinn auf einzelne Produkte oder Verfahrensschritte einzugrenzen, die auch – aber nicht nur – dank Innosuisse-Fördergeldern entstanden sind, ist in der Praxis äusserst schwierig.
- Der Gesetzesentwurf sieht in Art. 21 Bst. g vor, dass der Verwaltungsrat von Innosuisse die Einzelheiten der Rückerstattung bei wirtschaftlichem Nutzen und der Gewinnbeteiligung selber in einer Beitragsverordnung festlegt. Gleichzeitig ist die Innosuisse Begünstigte dieser Mittel, da sie gemäss Art. 12 Bst. c unter anderem aus diesen Mitteln finanziert wird. Wir regen an, die Bedingungen für eine Rückerstattung von Fördermitteln und die Gewinnbeteiligung entweder im vorliegenden Gesetz auszuführen oder eventuell übergeordnet für alle Forschungsförderungsinstitutionen zu regeln. Damit wird eine Gleichbehandlung der Forschungsbeteiligten erreicht und möglichen Interessenkonflikten vorgebeugt.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Im Namen der Regierung

  
Benedikt Würth  
Präsident

  
Canisius Braun  
Staatssekretär



**Zustellung auch per E-Mail an:**  
magda.spycher@sbfi.admin.ch